



Berlin, 24. Januar 2017

GdP zu 55. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar

Plickert: Ablenkung am Steuer erhöht Unfallgefahr

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt angesichts der steigenden Zahlen von Verletzten im Straßenverkehr die zahlreichen für die polizeiliche Verkehrsüberwachung relevanten Fragestellungen des am Mittwoch beginnenden Deutschen Verkehrsgerichtstages in Goslar. „Mit der „Unfallursache Smartphone“, der Sicherheit des Radverkehrs sowie der Senioren im Straßenverkehr und der Rolle der Polizei bei der Verkehrsüberwachung werden Themen behandelt, die viele meiner Kolleginnen und Kollegen direkt betreffen“, sagte der für Verkehrspolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende Arnold Plickert am Dienstag in Düsseldorf.

Umfragen bestätigen Plickert zufolge, dass fast jeder zweite Autofahrer, auch ohne Freisprechanlage, gelegentlich ein Mobiltelefon während der Fahrt nutzt. Schnell sei da beispielsweise ein anderer Verkehrsteilnehmer oder eine rote Ampel übersehen. Unaufmerksamkeit und Ablenkung sind nach Expertenschätzungen für fast jeden dritten Verkehrsunfall verantwortlich. Deshalb fordere die GdP das in der Straßenverkehrsordnung (StVO) geregelte Handynutzungsverbot endlich auch auf den Umgang mit weiteren elektronischen Mobilgeräten anzuwenden. Unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sollten die Überwachungsmöglichkeiten und die Beweissicherung der Polizei rechtlich verbessert werden, sagte der GdP-Verkehrsfachmann.

Die Chance, einen schweren Unfall zu überleben, hänge vor allem bei Fußgängern und Radfahrern stark von der Geschwindigkeit bei der Kollision statt. Daher, so Plickert, sei es notwendig, die innerorts zulässigen Geschwindigkeiten der Gefahrenlage anzupassen. Vorgeschriebene technische Hilfen wie elektronische Abbiegeassistenten für Lastkraftwagen würden zudem helfen, im sogenannten toten Winkel fahrende Zweiradfahrer rechtzeitig zu erkennen. Auch regelmäßige Gesundheitschecks, vor allem für ältere Kraftfahrer, könnten die Verkehrssicherheit erhöhen. Hier kommt nach Auffassung des GdP-Vize den Hausärzten über die entsprechende Aufklärung ihrer Patienten künftig eine besondere Bedeutung zu.

Eine konsequente polizeiliche Verkehrsüberwachung bleibe jedoch unabdingbar, betonte Plickert. Dazu benötige die Polizei das nötige Personal sowie technisch auf neuestem Stand befindliche Verkehrsüberwachungstechnik, deren Ergebnisse auch vor Gericht standhielten. Dabei solle sich die zusätzliche kommunale Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs sich stärker an polizeilich benannten Unfall- und Gefahrenstellen orientieren.

„Der beste Unfallschutz für alle, ist aber weiterhin, umsichtig zu fahren und die Verkehrsregeln zu beachten“, sagte Plickert, der am bis Freitag andauernden Deutschen Verkehrsgerichtstag teilnehmen wird.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Pressestelle
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon:
030 39 99 21-113 bis 117
Telefax:
030 39 99 21-190
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek
Mobil: 0172 7121599
Internet:
www.gdp.de
Twitter:
@GdPPresse
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de